

Marzahn- Hellersdorf

32. Jahrgang / Oktober 2022

links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Niemanden zurücklassen!

Die Preise für Strom und Gas gehen durch die Decke, und das Leben wird immer teurer. Vor allem Menschen mit wenig Geld sparen bereits jetzt schon, wo sie nur können. Wir wollen, dass sich im Winter niemand zwischen Heizung und Essen entscheiden muss. Miete, Heizen, Strom und Lebensmittel müssen für alle Menschen bezahlbar sein. Dafür arbeiten wir in der Berliner Landesregierung.

Die Entlastungspakete der Bundesregierung sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und sozial un- ausgewogen – arme Menschen,

Rentner*innen oder Studierende gehen fast leer aus. Um die Menschen wirksam vor Verarmung zu schützen, brauchen wir auf Bundesebene endlich einen Energiepreis- und Mietendeckel, eine Übergewinnsteuer und ein Verbot von Energiesperren. Die unsinnige Schuldenbremse muss dafür ausgesetzt werden. In Berlin, wo DIE LINKE an der Regierung beteiligt ist, arbeiten wir konkret dafür, dass im Winter niemand im Kalten oder Dunkeln sitzen muss:

● Schutz vor Wohnungsverlust

Niemand soll seine Wohnung verlieren, weil man die Miete oder die Nebenkosten nicht mehr bezahlen kann. Wir gehen bei den landeseigenen Woh-

nungsunternehmen voran und verhängen dort eine Sperre für Wohnungskündigungen.

● Härtefallfonds

Bereits im Frühjahr haben wir mit einem 380-Mil- lionen-Euro-Paket Vorsorge für steigende Ener- giekosten bei unserer öffentlichen Infrastruktur getroffen. Jetzt richten wir zusätzlich einen Fonds

ein, um finanziel- le Härten abzufedern und Privat- haushalten bei Energieschulden zu helfen.

● Bezahlbarer ÖPNV

Wir führen in Ber- lin ein 29-Euro-Ti- cket in den Tar- ifzonen AB ein, welches bis Ende

des Jahres gilt. Damit werden viele Berliner*innen spürbar entlastet. Für DIE LINKE selbstverständ- lich: Bei dem ab 2023 geplanten bundesweiten Ti- cket muss auch ein deutlich günstigerer Sozialtarif dabei sein.

● Stadt für alle

Soziale Einrichtungen wie Stadtteil- und Jugend- zentren sowie Vereine und Beratungsstellen wer- den jetzt besonders gebraucht. Deshalb werden wir diese Einrichtungen schützen und bei steigen- den Energiepreisen unterstützen.

● Netzwerk der Wärme

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in diesen Zeiten stärken. Dafür verbinden wir Orte wie Be- gegnungsstätten oder Seniorenfreizeitzentren zu einem Netzwerk der Wärme, wo sich Menschen treffen und austauschen können. Dort wird es auch Beratungsangebote zum Energiesparen oder zu sozialen Hilfen geben. Auch in den Büros der LINKEN in Berlin können Sie sich beraten lassen.

● Solidarisch durch die Krise

Wir stehen solidarisch an der Seite aller Men- schen, die vor Krieg und Elend fliehen, und un- terstützen die ankommenden Menschen mit aller Kraft. Bei unseren Protesten gegen die unsoziale Krisenpolitik der Bundesregierung ist kein Platz für Verschwörungstheorien, Rassismus oder die Verharmlosung des Angriffskriegs gegen die Ukraine. DIE LINKE steht für Frieden, für Solidari- tät und ein gutes Leben für alle Menschen.



Außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Aktuelles aus Marzahn-Nord / Landesparteitag und Hauptversammlung der LINKEN

Seite 3: Petra Pau (MdB): Deutsche Zweiheit / Solidarische Mindestrente jetzt!

Seite 4: Preis für Sozialticket / Herbstfest

Seite 5: Spendenaufruf 2022 / Post an uns / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 6: Tipps und Termine / Hinten links: Totenruhe

Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord / Kinder- und Jugendparlament gegründet
- Landeseigene Immobilien / Notstromgenerator retten

DIE LINKE ruft auf zum „Heißen Herbst“

DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf wird in den nächsten Wochen klar Position gegen die unsoziale Politik der Ampel-Bundesregierung beziehen und die Menschen in Marzahn-Hellersdorf ermutigen, den sozialen Protest auf die Straßen tragen. Energiepreise und Inflation sind außer Kontrolle. Heizkosten haben sich verdreifacht, und statt Gaspreise zu deckeln, treibt die Bundesregierung die Preise sogar per Gesetz nach oben.

Wir werden nicht schweigen, wenn die Folgen des Ukraine-Krieges und einer verfehlten Energiepolitik einseitig den Bürgerinnen und Bürgern sowie kleinen Betrieben aufgedrückt werden. Statt Duschtipps zu geben, sollte die Bundesregierung endlich die Mehreinnahmen allein durch erhöhte Mehrwertsteuereinnahmen an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Wir rufen in Marzahn-Hellersdorf zu einem „Heißen Herbst“ gegen soziale Kälte auf.

Nächste Termine:

● **Dienstag, 18.10., ab 17 Uhr, Kundgebung auf dem Alice-Salomon-Platz in der Hellen Mitte**

● **Samstag, 29.10., ab 13.30 Uhr, Kundgebung auf dem Cecilienplatz am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord**

Folgen Sie uns:



<https://www.facebook.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf>



https://www.instagram.com/dielinke_mahe/



https://twitter.com/DIE_LINKE_MaHe

Neues aus Marzahn-Nord

06.09.2022

Etwa 150 Bürgerinnen und Bürger sind unserer Einladung gefolgt und haben uns auf dem Barnimplatz besucht. Hauptthema waren die steigenden Kosten von Energie und Dingen des täglichen Lebens, die viele Menschen vor finanzielle Probleme stellen und Zukunftsfragen aufwerfen.



07.09.2022

In der Liebensteiner Straße fand auf Einladung von Bjoern Tielebein ein erster „Nachbarschaftsdialog“ statt. Zusammen mit Bezirksstadträtin Julia Witt stand unser Bezirksverordneter für den Marzahner Norden Rede und Antwort zu allen Themen, die die Leute im Wohngebiet bewegen. Dazu gab es Leckeres vom Grill und kühle Getränke. Viele Nachbarinnen und Nachbarn nutzten die Gelegenheit, um über dringende Verbesserungen im Wohnumfeld zu sprechen.



09.09.2022

Unsere jungen Mitglieder hatten auf den Barnimplatz zu einem Streetart-Workshop eingeladen. Profis und Amateure konnten sich hier in Sachen Straßenkunst ausleben. Gemeinsam mit dem Jugendklub „Anna Landsberger“ wurde Kindern und Jugendlichen aus dem Marzahner Norden ein spannender Nachmittag bereitet, bei dem jede und jeder mitmachen konnte.



10.09.2022

Unser Kinderfest zur Einweihung des Clara-Zetkin-Parks hat viele Nachbarinnen und Nachbarn angezogen. Groß und Klein feierten ein wunderbares buntes Fest am Blockhaus mitten im Park. Ein herzlicher Dank geht an die Kolleginnen vom Kulturhochhaus Marzahn und die vielen ehrenamtlich Helfenden vom Blockhaus. Ebenso danken wir dem Tschchow-Theater für die Unterstützung und den helfenden Nachbarinnen und Nachbarn aus dem Marzahner Norden.



Berliner LINKE stimmt sich auf „Heißen Herbst“ ein

Der Landesparteitag am 24. September tagte im Vienna House Andels Berlin. Zentrales Thema war die Energiekrise und wie DIE LINKE in Regierungsverantwortung darauf reagiert. Auf dem Parteitag wurde die neue Kampagne »Vergesellschaftung macht's möglich!« vorgestellt, mit der DIE LINKE in den nächsten Monaten die Arbeit der Expert*innenkommission zum gewonnenen Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« begleiten will. Die Delegierten des Landesparteitags stimmten zu Beginn dem satzungsändernden Antrag zu, der vorsieht, dass die Berliner LINKE künftige eine Doppelspitze wählen kann. Außerdem wurden Tarek Shukrallah in den Landesvorstand und Bjoern Tielebein (*im Foto hier während seiner Vorstellungsrede auf dem Landesparteitag*) in den Bundesausschuss gewählt. Die Anträge aus Marzahn-Hellersdorf wurden aufgrund der Antragsfülle an den Landesvorstand überwiesen. Der Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf regt an, dass über den Umsetzungsstand beschlossener Parteitagsträger regelmäßig auf Parteitagen berichtet wird. Dazu wird der Landesvorstand einen Umsetzungsvorschlag entwickeln.



Außerdem beantragte der Bezirksverband, dass künftig eine Inklusionsbeauftragte den Landesvorstand in allen Fragen der Inklusion und Teilhabe beraten soll. Auch darüber wird der Landesvorstand zügig entscheiden.

Hauptversammlung wählte neuen Bezirksvorstand und neue Delegierte für den Landesparteitag

Am 17. September kam DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf zu ihrer Hauptversammlung zusammen, um wichtige inhaltliche und personelle Weichenstellungen vorzunehmen. Auf der Tagesordnung stand u.a. die Wahl des neuen Bezirksvorstands sowie der Delegierten für den Landesparteitag der LINKEN. Inhaltlich bereiteten sich die Delegierten v.a. auf den „Heißen Herbst“ gegen die Preisexplosion bei Lebensmitteln, Energie und Lebenshaltungskosten vor.

Die Delegierten passten auf Vorschlag des Bezirksvorstands die Satzung in zwei Punkten an. Zum einen wurden die neu gegründeten Ortsverbände als Struktur in die Satzung aufgenommen. Zum anderen stimmten die Delegierten einer Globalklausel zu, die regelt, dass soweit die Satzung des Bezirksverbandes keine gesonderten Bestimmungen enthält, die Landessatzung und die Bundessatzung unmittelbar gelten. Ein satzungsändernder Antrag des Ortsverbandes Marzahn-NOW wonach Marzahn-Hellersdorfer Delegierte zu Bundes- und Landesparteitagen sowie Vertreterversammlungen mehrheitlich keine Mandatsträger*innen der Europa-, Bundes-, Landes- bzw. der Kommunalebene oder Personen, die Angestellte in Parteistrukturen und bei Mandatsträger*innen sind, sein dürfen, wurde abgelehnt. Beschlossen wurde ebenso ein Antrag, der den Bezirksvorstand darum ersucht ein Büro für den Wahlkampf im Marzahner Norden im Falle einer Wiederholungswahl anzumieten.

Die Delegierten der 8. Hauptversammlung wählten den neuen Bezirksvorstand, dem folgende Mitglieder angehören:

Kristian Ronneburg (r.), Vorsitzender; Renate Schilling (2.v.r.), stellv. Vorsitzende; Uwe Wollmerstädt (l.), Schatzmeister; Frank Beiersdorff (2.v.l.), Markus Berg (3.v.r.), Ursula Petzsch (3.v.l.), Rokšana Przyjemaska, Norbert Seichter (beide Bildmitte) und Juliane Witt (nicht im Bild).



Die neu gewählten Delegierten für den Landesparteitag sind (in alphabetischer Reihenfolge): Regina Kittler, Steffen Ostehr, Petra Pau, Dagmar Pohle, Kristian Ronneburg, Manuela Schmidt, Norbert Seichter, Bjoern Tielebein, Ute Thomas, Philipp Trögel, Stefanie Wagner-Boysen, Juliane Witt, Markus Wollina

Als Ersatzdelegierte wurden gewählt (in alphabetischer Reihenfolge): Markus Berg, Sarah Fingarow, Paul Lehmann, Renate Schilling.

Markus Wollina wurde in die neue Bezirksfinanzrevisionskommission gewählt.

Wollen Sie Marzahn-Hellersdorf links regelmäßig lesen? Dann teilen Sie uns Ihren Abowunsch mit an: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de mit Betreff: MaHeli-Abo oder per Telefon: 030 5412130

Petra Pau (MdB): Deutsche Zweiheit

Der Festakt fand in Erfurt statt. Ich war dabei. Ob Alfons auch dort war, weiß ich nicht. Ich habe ihn erfunden, aber mit welchem Namen auch immer, es wird ihn, es wird sie geben. Denn Alfons wurde am 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Einheit geboren, als Bürger der erweiterten Bundesrepublik Deutschland, im Osten. Dort hat er gelernt, studiert und gearbeitet. Und noch 2060 wird er an seinem Rentenbescheid sehen, was er zeitlebens war: ein Ossi. Denn noch immer sind Löhne und Gehälter dort niedriger als im Westen, also auch die Renten. Diese deutsche Zweiheit manifestiert staatliche Diskriminierung, aber auch Versagen der Gewerkschaften, die das nahezu widerstandslos seit Jahrzehnten dulden. Von alledem war allerdings in Erfurt kaum etwas zu hören.

Die Fraktion DIE LINKE hat Anfang Oktober im Bundestag einen Antrag eingebracht: „32 Jahre Deutsche Einheit – Schutzschirm gegen Inflation und Armut spannen, Lohn- und Renteneinheit herstellen“. In ihm wird die deutsche Ungleichheit faktenreich beschrieben und zugleich welche sozialen Ungleichheiten angesichts der aktuellen Krisen in allen Bundesländern drohen. Deshalb wird von der Bundesregierung unter anderem gefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die folgenden Maßnahmen umsetzt:

1. Es wird ein Schutzschirm gegen Inflation und Armut gespannt, der ein Sofortprogramm beinhaltet, aus dem alle Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen ein Jahr lang monatlich



Bjoern Tielebein (BfV), Petra Pau (MdB), Katja Kipping (Berlins Sozialsenatorin) und Kristian Ronneburg (MdB) auf der ersten Kundgebung der LINKEN Marzahn-Hellersdorf zum „Heißen Herbst“ am 8. Oktober.

125 Euro plus 50 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied erhalten.
 2. Es wird ein Preisdeckel für ein Grundkontingent

an Gas und Strom für Privathaushalte eingeführt, die Gasumlage wird zurückgenommen, Strom- und Gassperren werden verboten.

3. Wie in anderen EU-Staaten wird eine Übergewinnsteuer auf die Milliardenprofite der Energiekonzerne eingeführt, mit der bis zu 100 Milliarden Euro im Jahr eingenommen werden können.

4. Es wird ein Rettungsfonds für Unternehmen eingerichtet, der – ähnlich wie in der Corona-Krise – Insolvenzen aufgrund der hohen Energiepreise verhindert.

5. Es werden Grundlagen für das Bundeskartellamt geschaffen, gegen überhöhte Spritpreise und die Bereicherung der Mineralölkonzerne auf Kosten der Pendlerinnen und Pendler vorgehen zu können.

6. Es werden die Voraussetzungen für gleiche Löhne und Gehälter in Ost und West – und damit die Lohneinheit – geschaffen, indem der gesetzliche Mindestlohn zügig über 12 Euro hinaus angehoben wird, Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen verboten werden, eine erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen gesetzlich geregelt wird sowie die Gewerkschaften – unter Beachtung der Tarifautonomie – dabei unterstützt werden, Tarifverträge abzuschließen, mit denen immer noch bestehende pauschale Differenzierungen nach Ost und West aufgehoben werden.

7. Die gesetzliche Rente wird in die Lage versetzt, den Lebensstandard zu sichern und vor Armut im Alter zu schützen. Für die Ostdeutschen ist die Abschaffung der Umrechnung ihrer flächendeckend durchschnittlich niedrigeren Löhne zu stoppen, um die Rentenungleichheit zwischen Ost und West nicht neu zu vertiefen.

Rentnerinnen und Rentner vor Altersarmut schützen Solidarische Mindestrente jetzt einführen

Die erstmals vom Statistischen Bundesamt präsentierten Zahlen zu den Nettoeinkommen der Rentnerinnen und Rentner sind erschreckend. Mehr als ein Viertel aller Altersrentnerinnen und -rentner – das sind rund fünf Millionen Menschen – muss in Deutschland von weniger als 1.000 Euro netto im Monat leben und das, obwohl immer mehr Ältere bis ins hohe Alter arbeiten, um ihre Rente aufzubessern. Wir brauchen jetzt einen echten Schutzschirm für Rentnerinnen und Rentner. Der einzige Weg dahin führt über eine schrittweise Wiederanhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente, die Armutseinkommen im Alter auf aktuell mindestens 1.200 Euro netto anhebt. Das entspräche einer außerordentlichen Rentenerhöhung von zehn Prozent und ist innerhalb einer Legislaturperiode machbar.

Diese fünf Millionen Menschen werden die explodierenden Heizkosten nicht ohne riesige Entbehrungen und große Wohlstandverluste stemmen können. Ihr Ersparnis wird aufgebraucht werden müssen, ihnen drohen Verschuldung und Sozialhilfe. Die Maßnahmen der Ampel-Koalition und

ihrer Vorgängerinnen gegen Altersarmut sind angesichts dieser dramatischen Entwicklung nur als komplett zahnlos zu bezeichnen: Das Einfrieren des Rentenniveaus auf 48 Prozent, das nahezu wirkungslose Bürokratiemonster der sogenannten Grundrente, der beschämend niedrige Regelbedarf in der ‚Grundsicherung im Alter‘ und die zu späte Einmalzahlung von 300 Euro schmelzen angesichts der galoppierenden Inflation wie Butter in der Sonne.

Es ist bezeichnend, dass der Bundesregierung dazu nichts anderes einfällt, als jetzt den Hinzuverdienst bei vorgezogenen Altersrenten völlig freizugeben. Statt armutsfeste Renten zu sichern, sagen SPD, GRÜNE und FDP den Menschen unter dem Deckmantel der Fachkräftesicherung: Wir geben Euch eine mickrige Rente mit hohen Abschlägen, aber ihr könnt ja weiter arbeiten gehen. Das ist zynisch, denn schon heute muss bei jeder vierten vorgezogenen Altersrente ein monatlicher Abschlag von durchschnittlich 110 Euro in Kauf genommen werden – und das ein Leben lang. Das Versprechen der gesetzlichen Rente, im Alter den erreichten Lebensstandard einigermaßen abzusichern und vor Altersarmut zu schützen, muss end-

lich wiederhergestellt und auch gehalten werden. Was in Österreich möglich ist, muss auch bei uns möglich sein.

MATTHIAS W. BIRKOWALD
 Renten- und alterssicherungspolitischer
 Sprecher der Linksfraction im Bundestag

Di-argnose

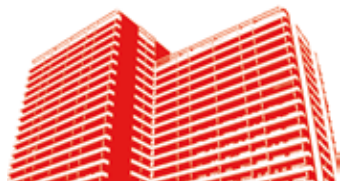
**Mietwucher:
 wucherndes
 Karzinom des Kapitalismus**

Jürgen Riedel

Krea-Tief

Im Strebergarten glatt erzogen
 Linien linientreu

JANINA NIEMANN-RICH



Städtebauliche Entwicklung am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord

Rund um den U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord wird fleißig geplant, konkrete Bauabsichten der Grundstücksbesitzer liegen teilweise schon vor. Häufig sind dies der Abriss des jeweiligen Bestandsgebäudes und ein Neubau. Es wurde bereits ein Bebauungsplanverfahren auf den Weg gebracht, um die Entwicklung der drei Grundstücke östlich des U-Bahnhofs zu ordnen. Konkret handelt es sich dabei um den Cecilienplatz 10, 11 und 12.

Für die Bebauung westlich des U-Bahnhofs liegt derzeit kein Bebauungsplanverfahren vor, dieser Bereich scheint bisher nicht im Fokus einer geordneten städtebaulichen Entwicklung zu liegen, obwohl die Bauabsichten der Eigentümer bekannt sind.

Ein Bebauungsplanverfahren für diesen Bereich erscheint jedoch dringend geboten, um eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und eine geordnete Entwicklung im Sinne des Bezirks zu ermöglichen. Immerhin könnte der Stadtteil durch die Bauabsichten sein Gesicht völlig verändern. Die Erweiterung des Planungsraums des vorhandenen Bebauungsplanverfahrens 10-107 erscheint als einfachste Variante, um schnell zu einer geordneten Entwicklung zu kommen. Sollte dies nicht möglich sein, sollte das Bezirksamt schnellstmög-

lich ein eigenständiges Verfahren für das genannte Gebiet einleiten.

Das Ziel sollte sein, innerhalb des erweiterten Planungsraums eine geordnete städtebauliche Entwicklung des Bereichs rund um den U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord und das Spreecenter zu ermöglichen und eine umfassende Bürgerbeteiligung auf den Weg zu bringen.

Unserem Antrag auf eine Ausweitung des Bebauungsplanverfahrens 10-107 wurde nach Beratung im zuständigen Ausschuss in der Bezirksverordnetenversammlung zugestimmt. Erfreulicherweise hat das Bezirksamt bereits reagiert und wird einen Bebauungsplan für das Gelände des Spreecenters einleiten. Ziel soll die Sicherung der Funktionen dieses Nahversorgungszentrums sein. Wohnungsbau an dieser Stelle sollte aus unserer Sicht nicht in Betracht kommen und im Bebauungsplan ausgeschlossen werden.

BJOERN TIELEBEIN
Sprecher für Stadtentwicklung



© STANDARDIZER / COMMONS.WIKIMEDIA.ORG (CC BY-SA 4.0)

Suche

Im Fensterglas dein Spiegelbild
und doch nicht du

JANINA NIEMANN-RICH

Kinder- und Jugendparlament gegründet

Am 30. September 2022 gründete sich im Arndt-Bause-Saal des Freizeitforums Marzahn das Kinder- und Jugendparlament für Marzahn-Hellersdorf. Bereits beim Kinder- und Jugendscheid 2021 im Bezirk bestätigten 71 Prozent der Befragten, solch eine politische Volksvertretung haben zu wollen. Unter dem Namen „KJP-PowerGroup“ stellten Jugendliche und junge Erwachsene in den letzten beiden Jahren die Weichen zur Gründung eines solchen Parlaments. Sie konzipierten erste Strukturen und vernetzten sich mit Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und weiteren Trägern aus Marzahn-Hellersdorf. Mit einem Lastenrad wurden verschiedenste Grund- und Oberschulen des Bezirks besucht und bei den Schüler*innen für das Parlament geworben. Zusammen mit seinen Mitstreiter*innen der PowerGroup eröffnete Laurenz Terl (Mitglied der BVV-Linksfraktion) die Konstituierung des Kinder- und Jugendparlaments. Neben dem Bezirksbürgermeister waren zudem die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags Petra Pau, Björn Tielebein als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses und weitere Vertreterinnen der Lokalpolitik mit Redebeiträgen und als Zeugen der Gründung vertreten. Von nun an können junge Menschen im Alter zwischen 8 und 22 Jahren sich in diesem Parlament zu politischen Themen beraten, Forderungen an die Bezirksverordnetenversammlung stellen und sich somit bei der Politik Gehör verschaffen.

FELIX BLANK



Während der Gründungsveranstaltung: Die jungen Initiator*innen stellen inhaltliche Schwerpunkte vor.



Ein Konzept zur Nutzung landeseigener Immobilien ist dringend nötig!

Die bezirkliche Verwaltung wächst und damit auch der Bedarf an geeigneten Räumen. Schon jetzt stößt der Bezirk an seine Kapazitätsgrenzen und für einige Bereiche mussten Flächen bei privaten Vermietern angemietet werden, um die Arbeitsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl leerstehender landeseigener Gebäude, die aufgrund ihres baulichen Zustandes zurzeit nicht genutzt werden können. Im Angesicht wachsender Einwohnerzahlen ist eine Auf- und Abgabe von landeseigenen Gebäuden, die eigentlich für die Bezirksverwaltung nutzbar wären, nicht nachvollziehbar und auch nicht tragbar. Jede bezirkseigene Immobilie muss genutzt werden. Gegebenenfalls müssen weitere Gebäude akquiriert werden. Eine wachsende Abhängigkeit von privaten Vermietern muss im Sinne einer handlungsfähigen Verwaltung vermieden werden. Auch die Möglichkeiten der Mehrfachnutzung von Räumen und bisher unberücksichtigte Flächenpotentiale sollten vom Bezirksamt geprüft werden. In der Vergangenheit gab es immer wieder ergebnislose Verhandlungen mit dem Berliner Immo-



bilienmanagement (BIM) über die Sanierung von Gebäuden und eine anschließende Nutzung durch den Bezirk. Diese Verhandlungen sollten wiederbelebt werden. Aus eigenen Investitionsmitteln kann der Bezirk die Aufgabe der Sanierung der Gebäude nicht stemmen. Hier sollte und muss die BIM als landeseigene Gesellschaft in die Pflicht genommen werden.

Zu den in Frage kommenden Gebäuden gehören u.a. das Haus der Gesundheit in der Etka-André-Straße, die Bitterfelder Straße 15 sowie die Premnitzer Straße 12.

Weiterhin erscheint es denkbar, dass mit zunächst wenigen Mitteln einige der genannten Gebäude schrittweise saniert werden könnten. Würde beispielsweise möglich sein, das Haus der Gesundheit etagenweise wieder nutzbar zu machen, könnte die bezirkliche Verwaltung diese Räume umgehend beziehen.

Nach Beratungen in den zuständigen Fachausschüssen wurden die Anträge, die DIE LINKE zu dieser Thematik gestellt hat, nun in der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen.

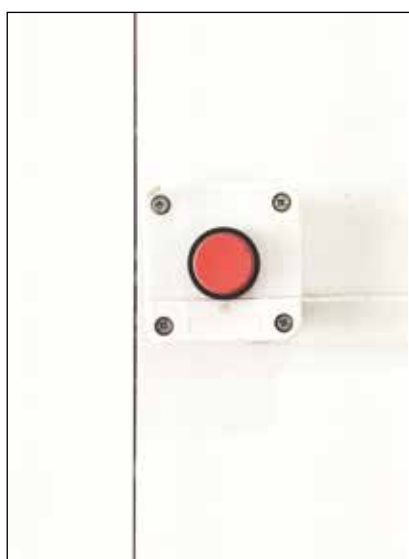
BJOERN TIELEBEIN
Fraktionsvorsitzender
SARAH FINGAROW
Fraktionsvorsitzende

<https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=10081>

<https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=10077>

Notstromgenerator aus dem Haus der Gesundheit retten – Dienstgebäude für den Katastrophenfall ausstatten

Seit einigen Jahren ist das Haus der Gesundheit in Hellersdorf nun schon geschlossen und steht leer. Das Gebäude wurde damals für den Katastrophenfall mit einem Schiffsdieselgenerator ausgestattet, welcher bei der Schließung im Gebäude verblieben ist. Wir haben deshalb in der Bezirksverordnetenversammlung mit einem Antrag angeregt, dass das Bezirksamt sich bei dem Berliner Immobilienmanagement (BIM) dafür einsetzt, den Notstromgenerator nach einer Prüfung auf seine Funktionstüchtigkeit aus dem Haus der Gesundheit auszubauen, zu sichern und eine mögliche weitere Verwendung zu prüfen. Man könnte ihn zum Beispiel dafür verwenden, um ein Dienstgebäude, wie bereits in der letzten Legislaturperiode vom Berliner Senat angeregt, für den Notfall mit einem Stromgenerator auszustatten, denn dieses Vorhaben wurde bisher noch nicht umgesetzt.



Weiterhin muss das Bezirksamt endlich den angedachten „Leuchtturm“ für den Katastrophenfall herrichten. Dabei handelt es sich um ein Dienstgebäude, das im Krisenfall das Funktionieren der Verwaltung und die Umsetzung von Maßnahmen des Katastrophenschutzes absichern soll. Hierfür war bisher das Bürodienstgebäude in der Riesaer Straße vorgesehen. Unserem Antrag wurde nach Beratung im zuständigen Fachausschuss nun in der Bezirksverordnetenversammlung zugestimmt und wir hoffen auf eine schnelle Umsetzung, vor allem auch im Hinblick auf die momentane Energiekrise.

BJOERN TIELEBEIN
Vorsitzender der Linksfraction

Kontakt zu uns:

**Linksfraction
Marzahn-Hellersdorf**

Helene-Weigel-Platz 8, 12681
Berlin

Telefon: 030 902935820
fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de
www.linksfraction-marzahn-hellersdorf.de

Facebook:
LinksfractionMarzahnHellersdorf
Twitter: LinksfractionMH
Instagram: dielinke_mahe

Nächste BVV-Sitzung:
20. Okt. 2022, 17:00 Uhr
Livestream unter:
<https://www.videotron.de/marzahn-hellersdorf/>

Kristian Ronneburg (MdB): Preis für Berliner Sozialticket wird abgesenkt

Das 9-Euro-Ticket hat unter Beweis gestellt, dass es einen riesigen Bedarf an Öffentlichem Personennahverkehr gibt. Damit sind auch all jene Lügen gestraft worden, die gerne der LINKEN attestiert haben, dass ihre Pläne für einen stark vergünstigten und in Zukunft entgeltfreien Nahverkehr keine Effekte hätten, viel zu teuer wären und stattdessen lieber in den Ausbau des Nahverkehrs investiert werden sollte. Beides ist richtig und beides muss möglich sein – ein stark vergünstigter Nahverkehr, ohne große Hürden, der dazu einlädt den Bus und die Bahn zu nutzen und gleichzeitig ein stark ausgebauter Nahverkehr, genügend Wagen, motiviertes und gut bezahltes Personal, moderne Infrastruktur, attraktive Bahnhöfe, Sauberkeit und Sicherheit.

Da es die Bundesregierung nicht vermocht hat, eine nahtlose Anschlusslösung für das 9-Euro-Ticket zu finden, ging Berlin in Vorhand mit dem 29-Euro-Ticket AB, an dem sich Brandenburg leider nicht beteiligt hat. Mit Stand vom 8. Oktober 2022 wurde das Ticket bereits etwa 100.000-mal verkauft.

Damit werden viele Berlinerinnen und Berliner, die aktuell unter den stark steigenden Preisen für Energie und Grundversorgung leiden, entlastet.

Leider verpasste es der Senat jedoch trotz Drängens der LINKEN, gleichermaßen den Preis für das Sozialticket, das 27,50 Euro kostet, abzusenken. Auch hierzu ist die Zustimmung des VBB notwendig und diese wurde nun nachträglich eingeholt, so dass Berlin ab dem 1.1.2023 den Preis für das Sozialticket senken kann. Natürlich hätten wir als LINKE es lieber gesehen, wenn dieser Schritt zeitgleich mit der Einführung des 29-Euro-Tickets erfolgt wäre. Wir danken allen, die mit uns zusammen politisch Druck gemacht haben, um die hier entstandene sozialpolitische Schieflage zu korrigieren. Hinsichtlich der konkreten preislichen Ausgestaltung sprechen wir uns klar für ein Ticket zum Preis von maximal 9 Euro aus, so dass auch die Menschen, die besonders unter der Krise leiden, eine spürbare Entlastung erfahren.



Herbstfest Marzahn-Hellersdorf



Juliane Witt mit Akteurinnen, Organisatorinnen und Teilnehmerinnen des Herbstfestes und mit Dr. Heinrich Niemann, hochengagiert in vielen Bereichen des Bezirkes (mittleres Bild).



Es ist so wichtig, sich zu treffen, sich auszutauschen, sich zu begegnen. Wer dies die letzten zwei Jahre verfolgt hat: Mit den Absagen zu vielen Festen im Bezirk war auch eine traurige Botschaft verbunden. Es gab weniger Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, sich über Angebote zu informieren, die Vereine aber haben sich selbst auch nicht treffen können, es war kaum Netzwerk wirklich und real möglich. „Umso großartiger war der Gedanke der beiden leistungsstarken Vereine der Gartenfreunde in

Marzahn und Hellersdorf, die mir hier im Sommer ein gemeinsames Herbstfest mit allen Umweltvereinen vorgeschlagen hatten.“ so Juliane Witt. Die Bezirksstadträtin hatte nicht nur die Schirmherrschaft übernommen, sondern war maßgeblich an der Vorbereitung beteiligt, musste es doch schnell gehen und ohne Sponsoring.

Und was für ein großartiges Fest es geworden war: Bei herrlichem Sonnenschein waren die Stände der Vereine aus dem Spektrum von Garten, Natur,

Umwelt endlich wieder mal eine tolle Gelegenheit, dass barrierefrei, ohne Eintritt und ohne sonstige Verpflichtungen Menschen zu den Themen Umwelt, Klima, regionale Produkte miteinander ins Gespräch gekommen sind.

„Es lohnt sich, gerade in schwieriger Zeit aktiv zu werden, es gab so viele positiven Meldungen und ich möchte vor allem den Gartenfreunden danken, die hier ein Erntefest ermöglicht haben, welches dem Namen Ehre gemacht hat!“

Spendenaufwurf 2022: Weihnachtsfreuden für die Kinder

Seit vielen Jahren sammeln wir Spenden, um Kinder in Marzahn-Hellersdorf mit einem Geschenk zur Weihnachtszeit zu erfreuen. Auch in diesem Jahr werden wir wieder gemeinsam mit dem Don-Bosco-Zentrum Marzahn eine kleine Weihnachtsfeier ausrichten, die Familien bei einer Tasse Kakao willkommen heißen und jedem Kind ein liebevoll ausgesuchtes Geschenk überreichen.



Besonders in diesem Jahr sind die finanziellen Sorgen und Ängste noch größer, Energie- und Lebensmittelpreise steigen und die Weihnachtszeit

wird für viele Familien eine Herausforderung. Es wird vielen Menschen nicht möglich sein, Geschenke für ihre Kinder und Enkelkinder zu kaufen. Die Kinder können aber am allerwenigsten für diese angespannte Situation und deshalb sollen möglichst viele von ihnen eine schöne Weihnachtszeit erleben.

Daher brauchen wir Ihre Unterstützung und bitten Sie wieder um Spenden. Diese werden bis zum 10. Dezember im Linken Treff oder über untenstehendes Konto dankend entgegengenommen. Wir freuen uns über Geldspenden, Einkaufsgutscheine aber auch über Sachspenden, wie z.B. neuwertige Spielsachen, Süßigkeiten, Kinogutscheine, Geschenkpapier und weiteres Verpackungsmaterial.

Und auch über Ihre Hilfe beim Einkaufen, der Zusammenstellung und dem Einpacken der Geschenke freuen wir uns sehr. Sie können uns gerne bei der Organisation der Feier unterstützen und wer schauspielerisches Talent und ein Kostüm hat, kann den Kindern sicher als Weihnachtsfrau,



-mann, -engel, -elf oder Rentier eine große Freude machen. Wer uns unterstützen und helfen möchte, kann sich gerne bei sarah.fingarow@gmx.de oder im Linken Treff melden.

Je nach Möglichkeit und Erfolg der Spendensammlung unterstützen wir weitere Feiern und Projekte für benachteiligte Kinder und Familien im Bezirk.

Geldspenden bitte auf folgendes Konto überweisen:

DIE LINKE Berlin

IBAN: DE 59 10070848 0525607803

VWZ: Spende Marzahn-Hellersdorf, Name, Vorname, Anschrift

Bitte nur einzelne Personen als Spender angeben, nicht paarweise, z. B. Spenden Max und Maxi Müller, sondern nur einen von beiden oder jede*r spendet separat.

Aus dem Bezirksvorstand: Neues Kollektiv am Start

Im September kam der Bezirksvorstand (BV) zweimal zusammen. In der ersten Beratung wurde in alter Besetzung die 1. Tagung der 8. Hauptversammlung (HV) sorgfältig vorbereitet. Einen wichtigen Schwerpunkt nahm aber auch die Organisierung der Teilnahme des Bezirksverbandes an der Parteikampagne „Heißer Herbst“ unter den Überschriften „Menschen entlasten/Preise deckeln/Übergewinne besteuern“ ein. Wir verabredeten Kundgebungen auf öffentlichen Plätzen in Marzahn-Hellersdorf. Zwischenzeitlich fand eine erste Kundgebung auf dem Helene-Weigel-Platz statt. In neuer, frisch gewählter Zusammensetzung aus Neu- und Wiedergewählten, fand die zweite Septembersitzung als konstituierende Sitzung statt. Diese war nach langer Zeit eine Präsenzsitzung. Wir legten auch sofort fest, dass der BV jede zweite Sitzung in Präsenz durchführt, solange die aktuellen Coronabestimmungen nichts Gegenteiliges vorschreiben. Bei einer Einschätzung der 1. Tagung der 8. HV konstatierten wir die erfolgreiche Durchführung. Die Lockerungen von Einschränkungen wegen Corona brachten uns diesmal sogar die Bereitstellung von Kaffee und Tee, was besonders positiv ankam. Mit den angenommenen Satzungsänderungen ist die Bildung von Ortsverbänden den Buchstaben nach abgeschlossen. Jetzt sind wir selber gefragt für eine lebendige politische Arbeit mit Ausstrahlung nach außen. Im Folgendem wurden dann wichtige Festlegungen für die politische Arbeit im Bezirksverband verabredet. An erster Stelle stand die Übernahme von Verantwortlichkeiten für Aufgabengebiete: „Politi-

sche Bildung“ durch Frank Beiersdorff, „Veranstaltungen/Kultur/Wahlunterstützung“ durch Norbert Seichter, „Wissensmanagement“ als völlig neue Aufgabe durch Markus Berg und „Unterstützung der Ortsverbände“ (OV1 Ursula Petzsch, Uwe Wollmerstädt; OV2 Gisela Höbbel, Uwe Wollmerstädt; OV3 Norbert Seichter, Markus Berg; OV4 Rokšana Przyjemska, Frank Beiersdorff; OV5 Renate Schilling). Vorgesehen ist außerdem die stärkere Nutzung der Webseite des Bezirksverbandes zur schnellen Information über Termine und Ereignisse im Bezirksverband. Zusätzlich erhalten alle Ortsverbände auch die Möglichkeit, auf dieser Webseite über Ähnliches in ihrem Wirkungsbereich zu informieren. Zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit verabredete der BV, sich auf der nächsten Sitzung mit weiteren Formalitäten zu beschäftigen. Dazu gehören eine Geschäfts- und eine Finanzordnung. Unter dem Punkt „Aktuelles“ wurden wir über Neuigkeiten aus der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ informiert. Wir sind in der Initiative fest verankert durch Gisela Höbbel im örtlichen Kiezteam und durch Markus Berg auf der Landesebene bei der Organisierung unserer Unterstützung für die Initiative. Mittlerweile liegen in der Geschäftsstelle und in den Abgeordnetenbüros 20.000 Zeitungen der Kampagne zum Verteilen im Stadtbezirk. Schwerpunkte der Verteilung durch die Genoss*innen sind dabei Kieze, deren Wohnungsbestände der Vergesellschaftung unterliegen würden.

UWE WOLLMERSTÄDT

Post an uns:

Leserbrief vom 23. September 2022 von Joachim Greisbach - in Auszügen:

- Seit 32 Jahren lernen immer weniger Kinder das Schwimmen, obwohl wir in Freiheit und Demokratie leben. Wo sind die Anstrengungen des Staates zur Absicherung nicht nur eines regelmäßigen Schulunterrichtes, sondern auch des Schwimmunterrichtes?
- Warum tut sich die Bundesregierung so schwer mit der Einführung einer Reichensteuer? Viele andere Länder in Europa haben diese schon, und auch Spanien will sie einführen.
- In der letzten Zeit geht ein Rechtsruck durch Europa. Aktuell ist das zu sehen im Ergebnis der Wahlen in Italien. Was sind dafür die Ursachen? Die rechten Kräfte schließen sich zusammen bzw. halten zusammen. Wo bleibt der Zusammenschluss aller demokratischen Kräfte? Sollten wir als DIE LINKE hier nicht Demos gegen rechts organisieren?
- Zurzeit existieren viele Krisen gleichzeitig im Kapitalismus: Klimakrise, Umweltkrise, Finanzkrise, Gas- und Erdölkrise, Krieg auch in Europa und viele andere. Auch früher gab es Krisen des Kapitals, so z.B. 1953 Koreakrieg, 1963 Kubakrise, 1982 Falklandkrieg. Kapitalismus ist ohne Krisen und Kriege nicht vorstellbar.

„Der Soldat an sich hat keine Feinde, sie werden ihm erst durch die Politik gemacht.“

Generaloberst M.P. Burlakow (* 1935 †2011),
letzter OB der GSSG/WGT 1990 - 1994

Termine

- 18.10., 16-18 Uhr, Kompass, Kummerower Ring 42, 12619 Berlin, „Politik isst Wurst“ - Bezirksverordnete und Abgeordnete stellen sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger
- 18.10., 17.00, **Kundgebung** „Heißer Herbst“, Alice-Salomon-Platz
- 19.10. 17-20 Uhr **Einwohnerversammlung** des Bezirksamtes für Marzahn im Freizeitforum Marzahn, Marzahner Promenade 55, 12679 Berlin
- 19.10., 18 Uhr, **Veranstaltung** des Senats zum Umbau des Marzahner Knotens im UCI Le Prom, Märkische Allee 176-178, 12681 Berlin
- 20.10., 18 Uhr, **Veranstaltung** zu „Zwangsarbeit in Marzahn-Hellersdorf. Orte und Gedenken“ im Bezirksmuseum, Haus 1, Alt-Marzahn 51
- 22.10. **Protest** gegen Preissteigerungen: Ein breites Bündnis aus Ver.di, Parität, attac, BUND, Finanzwende, Campact veranstaltet Großdemonstrationen gegen die Energiekrise und die massiven Preissteigerungen. Auch wir als LINKE beteiligen uns an diesen Demonstrationen und rufen alle dazu auf, mit uns unter dem Motto #SolidarischerHerbst auf die Straße zu gehen.
- 24.10., 9.30-14 Uhr, **Demokratiekonferenz** in der JFE Tresor (Ludwigsfelder Str. 2A, 12629 Berlin)
- 26.10., 15.30 Uhr, **Tulpenpflanzaktion** in Alt-Marzahn, Treffpunkt am Eingang zur Bockwindmühle
- 29.10.12 Uhr, **Suppenaktion** des Deutschen Roten Kreuzes auf dem Helene-Weigel-Platz
- 29.10. 13.30, **Kundgebung** „Heißer Herbst“ auf dem Cecilienplatz, 12619 Berlin, mit Kristian Ronneburg (MdB)
- 4.11., 15-18 Uhr, **Herbstfest** im Bruno-Baum-Grünzug
- 9.11., 16 Uhr, S-Bhf. Kaulsdorf, **Erinnerungsgang** in Kaulsdorf - Gedenken an die Novemberpogrome mit Kristian Ronneburg (MdB)
- 10.11., 18 Uhr, Kiezbüro Cecilienplatz 5, 12619 Berlin, **Kristians Kautsch** - Gespräch mit Niklas Schenker (MdB) zum aktuellen Stand der Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“

Hinten links: Himmel privat

Christen streben danach, in den Himmel zu kommen. Die Supermächte brauchen den Himmel als mögliche Bahn für ihre Atomraketen ... solche u.a. von Atom-U-Booten gestartet würden ... um die Apokalypse zu bringen. Über derartige SSBN verfügen neben den USA und Russland sowie Großbritannien und Frankreich auch China, Indien und Israel. Die Supermächte brauchen den Himmel für ihre Satelliten ... da sind sie nicht mehr allein. Elon Musk, reichster Mann der Welt, hatte Mitte dieses Jahres mehr als 2.400 Satelliten des starlink-Netzwerks seiner Firma Space X im erdnahen Orbit (zwischen 328 und 614 km Höhe) - die Großmächte, eingeschlossen die USA, waren überrascht. Speziell Russen und Chinesen sind brüskiert und arbeiten mit Hochdruck an Gegenmaßnahmen. Als Russland die Kommunikationsnetze der Ukraine zerstört oder neutralisiert hatte, lieferte Elon Musk als Privatmann binnen weniger Wochen mehr als 12.000 Starlink-Terminals kostenlos in die Ukraine (die Klitschko-Brüder posierten auf Werbefotos). Nach US-Einschätzung verfügen die ukrainischen Streitkräfte damit über ein effektiveres Command-and-Control-System als die US-Streitkräfte selbst.

Frage:

Welche profitablen Möglichkeiten wird sich Elon Musk mit dem „Krieg der Sterne“ im militärischen bzw. zivil-militärischen Bereich auf den heutigen und künftigen Schlachtfeldern nutzbar machen?

R. RÜDIGER

Bezirksvorstand

» 25.10., 8.11. jeweils 19 Uhr, per Videokonferenz

Ortsverbände:

- » 2.11., 7.12. jeweils 19.00 Uhr, Beratung OV 4, Linker Treff und online
- » 8.11., 17.30 Uhr, Beratung OV 2
- » 9.11., ab 17 Uhr, Beratung OV 5, Sportklausur in Kaulsdorf
- » 10.11., 8.12., Koordinierung OV 1, Ort und Zeit über Linken Treff erfragen

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» 2.11., 10 - 12 Uhr, Wahlkreisbüro, Henny-Porten-Str. 10-12, 14 - 16 Uhr, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, telefonische Anmeldung bitte unter: 030 99289380

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Tel: 030 54980323, E-Mail: buero@dr-manuela-schmidt.de, Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat von 16 - 18 Uhr, Voranmeldung unter Telefon: 030 47057520 / mobil: 0176 77212140, E-Mail: volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

Sprechstunden im Wahlkreis 1

» 26.10., 30.11. jeweils 18-20 Uhr, Golferia, Wittenberger Str. 50, mit Bjoern Tielebein, vorherige Anmeldung erbeten, per E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de oder tel. zu den Öffnungszeiten der BVV-Fraktion, s.u.

BVV-Fraktion

» Unser Büro ist montags und donnerstags zwischen 12 und 14 Uhr besetzt. Bitte schreiben Sie uns in dringenden Fällen eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Bitte beachten Sie weiterhin, dass es bei der Beantwortung Ihrer Anfragen mitunter zu Verzögerungen kommen kann. Wir bitten um Ihr Verständnis. E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
Telefon: 030 902935820 | 0170 8622128 | 0170 5374824. Weitere Infos unter: <https://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/aktuelles/aktuell/>

www.dielinke-mahe.de

Abgeordnetenbüros

» **Petra Pau** (MdB), Telefon: 030 99289380, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, 12627 Berlin

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Telefon: 030 54980323, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12,

12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Unsere	Montag:	10 - 17 Uhr
Öffnungs-	Dienstag:	13 - 17 Uhr
zeiten:	Donnerstag:	13 - 18 Uhr
	Freitag:	10 - 13 Uhr

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet. **Layout:** Yvette Rami; **Fotos:** DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf, Pixabay, Linksfraktion im Bundestag, DIE LINKE. Berlin, F. Blank, K. Ronneburg, M. Volkert, B. Tielebein

Anschrift der Redaktion: c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Telefon: 030 5412130, Telefax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-mahe.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 10.10.2022, **Auslieferung ab 13.10.2022**

Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH

Die nächste Ausgabe erscheint am 10.11.2022 (Anlieferung aus Druckerei).